

Botschaften aus dem Bundesländerdialog an die kommende Bundesregierung¹

Bekenntnis zur neuen, wissens- und innovationsgeleiteten, Standortpolitik für Österreich: Die entscheidenden Stellschrauben bzw. Investitionen für Standort- und Regionalentwicklung liegen in Wissenschaft, Forschung und Innovation. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind als international ausgerichtete Leitinstitutionen ihrer Region Partner für regionale Wirtschaft und Arbeitsmarkt – und entscheidende Faktoren für das Entstehen von Innovations-Ökosystemen. Trotz Globalisierung hat Innovation immer einen Standortbezug – Standortpolitik muss Innovationspolitik werden, Wissenschaft und Forschung sind bei Standortinvestitionen immer mitzudenken. Die wissensgeleitete Standortpolitik wird EU-weit unter der Bezeichnung „Smart Specialisation“ umgesetzt, ein Bekenntnis der kommenden Bundesregierung zu einem neuen, wissens- und innovationsgeleiteten, Verständnis von Standortpolitik wäre wünschenswert.

Bekenntnis zur Bund-Länder-Partnerschaft für Wissenschaft, Forschung, Innovation und Hochschulbildung: Bund und Länder tragen gemeinsam Sorge für Österreich als Standort für Wissenschaft, Forschung und Innovation – und für Österreichs Standorte. Österreich braucht wettbewerbsfähige FTI-Standorte mit internationalem Profil. Profilbildung und Exzellenz können nur durch Abstimmung am Standort und unter den Standorten, zwischen Bund und Ländern weiterentwickelt werden. Die Politik der kommenden Bundesregierung kann mithelfen, regional vorhandene Exzellenz zu international wahrnehmbarer Größe in Partnerschaft mit der Landespolitik weiterzuentwickeln. Daher sollte die nächste FTI-Strategie des Bundes regional unterschiedlichen Bedarf berücksichtigen.

Bekenntnis zur Mehrebenen-Analyse und -Abstimmung der Forschungsförderung: Österreichs Forschungsstandorte haben, strukturell bedingt, ungleichen Zugang zu Förderinstrumenten auf EU- und nationaler Ebene. Geht es in manchen Bereichen darum, vorhandene Exzellenz durch gezielte gemeinsame Investitionen und Förderungen auf mehreren Ebenen zu kritischer Größe zu führen, stehen in anderen Bereichen der Aufbau von Kapazität (Stairways to Excellence) und ein attraktives Angebot als Unterstützung regionaler Innovations-Ökosysteme im Vordergrund. Nationale und insbesondere regionale Förderinstrumente sind auf Abdeckung dieser Bedürfnisse zu analysieren und komplementär zu einander unter Nutzung von EU-Instrumenten abzustimmen.

Umsetzung durch eine neue, regelmäßig tagende, politische Bund-Länder-Formation „Standortinnovation“ als „politischem Bundesländerdialog“, zwischen den für Wissenschafts- und Innovationspolitik zuständigen Ressortvertreter/innen von Bund und Ländern, nach dem Vorbild der EU-Ratsformation „Wettbewerbsfähigkeit“. Die bestehenden Wirtschafts- und Kulturreferententagungen decken das Anliegen der gemeinsamen wissens- und innovationsgeleiteten Standort(e)politik nicht ab.

Wissenschafts- und Innovationsexpertinnen und –experten der Länder schlagen für die neue Legislaturperiode auf Bundesebene unter anderem folgende Punkte vor:

- Berücksichtigung regionaler Strukturunterschiede und Entwicklungsprioritäten (smart specialisations) durch a) die FTI-Politik, b) FTI-Strategie und c) FTI-Umsetzung wie bei der Entwicklung von Förderinstrumenten und FTI-Investitionen des Bundes (z.B. Fehlen von Universitäten in zwei Ländern, Fehlen großer Industriebetriebe im Westen begrenzen den Zugang zu FTI-Investitionen des Bundes)
- Gemeinsame Investition in prioritären Standortthemen (profilbildende FTI-Standortinvestitionen); stärkere und rechtzeitige Einbindung der Länder bei Programm- und Investitionsplanungen des Bundes und bei größeren Politikänderungen mit Auswirkungen auf die Landespolitik (zB Pädagog/innenbildung NEU)
- Kompetenz bündeln im doppelten Sinn: einerseits in Institutionen, andererseits im Sinne des Schaffens von Anschlüssen von verstreuter Kompetenz an bestehende Kompetenzzentren („Comet ++“)
- EFRE/INTERREG: Initiativen zur Vereinfachung und Transparenz für FTI-Beteiligungen, wo immer nationaler Gestaltungsspielraum oder Einfluss auf EU-Ebene gegeben ist.

Die stärkere und rechtzeitige Abstimmung ist ein gegenseitiger Wunsch von Bund und Ländern an einander.

Wien, November 2017

¹ Der Bundesländerdialog ist die etablierte Abstimmungsplattform zwischen Bund und Ländern über strategische Prioritätensetzungen und Initiativen in der FTI-Politik. Die vorliegenden „Botschaften“ geben im Bundesländerdialog am 18.10.2017 geäußerte Diskussionsbeiträge und Fachmeinungen anwesender Wissenschafts- und Innovationsexpert/innen wieder und nicht notwendigerweise Positionen der vertretenen politischen Körperschaften. Sie werden von den Vertreterinnen und Vertretern aller Bundesländer mit Ausnahme Wiens unterstützt.
Rückfragehinweis: armin.mahr@bmwfw.gv.at